
GROSSER RAT AARGAU

Interpellation René Kunz, Reinach, vom 10. November 2009 betreffend Natur und Umweltschutz statt hemmungslosen Wachstums im Zusammenhang mit der Überbevölkerung

Text und Begründung:

Heimatliebe bedeutet auch Umwelt-, Natur- und Heimatschutz. Ohne eine ökologisch verantwortbare Politik ist jedes Volk in seinen Lebensgrundlagen gefährdet. Dem Natur- und Umweltschutz müssen wirtschaftliche Interessen zwingend untergeordnet werden. Der Materialismus der letzten 100 Jahre hat eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen mit sich gebracht. Umweltschutz ohne Einbezug der Bevölkerungsproblematik ist unvorstellbar. Diese Problematik ist – dies wissenschaftlich begründet – ein Thema, welches uns in Zukunft immer mehr beschäftigen wird.

Nicht zu unterschätzen ist dabei die massive, sprunghafte Zunahme der Wohnbevölkerung in unserem Kanton – bereits 600'000 Personen leben in unserem Kanton (Tendenz steigend) – insbesondere auch durch den Zustrom von Ausländern aus EU-Ländern. Dieser Umstand zwingt uns, auf Kosten der Umwelt unsere sehr beschränkten, natürlichen Lebensgrundlagen mit immer gigantischeren Infrastrukturen aller Art und gravierenden Folgen laufend zu schmälern. Umweltschutz ohne Einbezug dieser eminent wichtigen Tatsache ist absolut unglaubwürdig. Die Überbevölkerung lässt sich nicht bekämpfen, indem auf allen Ebenen die Einheimischen und die niedergelassenen Ausländer den Gürtel immer enger schnallen müssen (Arbeitslosigkeit, Lohndruck, zu hohe Bodenpreise, Umweltprobleme, Energieprobleme usw.). Mit der Zunahme der Zuwanderung müssen neue Wohnungen, Schulen, Strassen und öffentliche Verkehrsmittel realisiert werden. Das bedeutet immer mehr Zersiedelung. Täglich opfern wir Kulturland, welches für immer verloren geht. Soll unser Kanton zu einem Stadtstaat „Greater Aargau Area“ mit 700'000 oder noch mehr Einwohnern werden, wie kürzlich von verschiedenen Seiten zu vernehmen war? Die Kantone Aargau, Zug und Zürich gehören – ökonomisch gesehen – zu den attraktivsten der Schweiz. Folgerichtig müssten dort auch die glücklichsten Einwohnerinnen und Einwohner leben. Das trifft aber nicht zu, denn die Menschen fühlen sich in den Randregionen – abgesehen von Arbeitsplatzproblemen – wohler. Man spricht ja nicht umsonst vom Dichtestress!

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat willens, der Erhaltung und Förderung des Umwelt-, Natur und Heimatschutzes die notwenige und genügende Nachachtung zu verschaffen?
2. Wenn ja, welche präzisen Massnahmen sollen vorangetrieben werden?
3. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass der Zustrom der ausländischen Bevölkerung nunmehr das erträgliche Mass übersteigt?
4. Wenn ja, welche geeigneten, politischen Mittel stehen ihm zur Verringerung des Zustroms der ausländischen Bevölkerung zur Verfügung? Könnte unsere Regierung nicht eine Standesinitiative erwägen, in der sie beim Bundesrat vorstellig wird, damit dieser gesamtschweizerisch eine massive Begrenzung der Einwanderung in die Wege leitet? Die bilateralen Verträge mit der EU erlauben dem Bundesrat ja explizit, die Personenfreizügigkeit zu begrenzen. Bei einer Nettozuwanderung von weit über 100'000 Personen im letzten Jahr – Tendenz steigend – ist eine solche Begrenzung längst überfällig.
5. Die zunehmende Zuwanderung bringt nicht nur ökologische, sondern auch gesellschaftspolitische Probleme mit sich. Wie stellt sich der Regierungsrat die Zukunft vor, da sich immer mehr Parallelgesellschaften zur einheimischen Bevölkerung bilden?
6. Der Kanton Aargau benötigt einen Bevölkerungsentwicklungsplan. Ist ein solcher schon vorhanden? Wenn nein, warum nicht?
7. Vertritt der Regierungsrat die Meinung, dass die heutige Zuwanderungspolitik alleine mit wirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigen ist?